

Aktionsplan gem. § 47d Bundes-Immissionsschutzgesetz der Gemeinde RATEKAU vom 09.10.2008

1. ALLGEMEINES

1.1 Beschreibung der Gemeinde sowie der Hauptverkehrsstraßen, Haupteisenbahnstrecken oder Großflughäfen und anderer Lärmquellen, die zu berücksichtigen sind

Die Gemeinde Ratekau hat eine Größe von rd. 5.980 ha und rund 15.800 Einwohner. Sie liegt im Süden des Kreises Ostholstein und grenzt im Norden und Osten an die Gemeinden Scharbeutz und Timmendorfer Strand sowie im Süden an Lübeck und Bad Schwartau. Die Gemeinde besteht aus den Ortschaften Ratekau, Sereetz und Pansdorf sowie zehn weiteren Dorfschaften.

Die Gemeinde Ratekau ist verkehrlich über die Autobahn A 1 und A 226 sowie über die Bahnstrecke Lübeck - Kiel, Bahnhof Pansdorf, gut zu erreichen. Die Umgebung ist ländlich geprägt

Anzahl der Wohnungen in der Gemeinde: 6.700¹

In der Gemeinde Ratekau sind folgende Lärmquellen zu berücksichtigen:

- Bundesautobahnen 1 und 226
- Bahnstrecke Lübeck-Puttgarden-Kopenhagen
- Bahnstrecken Lübeck-Eutin-Kiel
- Landesstraßen 102, 180, 181, 186, 290, 309
- Kreisstraßen 15, 54
- Gewerbegebiete

Gesamte Länge der 2007 vom Land kartierten Hauptverkehrsstraßen
im Gemeindegebiet in km: 11,2 km (BAB 1)

¹ Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Stand: 31.12.2005

1.2 Für die Aktionsplanung zuständige Behörde

Gemeinde Ratekau, Bäderstraße 19, 23626 Ratekau, Tel.: 04504 803-0, Fax: 04504 803388, E-Mail: info@ratekau.de

1.3 Rechtlicher Hintergrund

Am 25. Juni 2002 hat das europäische Parlament und der Rat der europäischen Union die Richtlinie 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm (Umgebungslärmrichtlinie) erlassen.

Die Umsetzung der Richtlinie in Bundesrecht erfolgte mit der Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 24. Juni 2005 (BGBl. I S. 1865 - § 47 a-f BImSchG) und der Verordnung über die Lärmkartierung vom 06. März 2006 (BGBl. I S. 516 - 34. BImSchV).

Die Ergebnisse der Untersuchungen über den Umgebungslärm sollen nach Artikel 9 der Umgebungslärmrichtlinie entsprechend der Richtlinie 90/313/EGW des Rates vom 7.6.1990 über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und an sie verteilt werden. Diese Richtlinie wird durch die Richtlinie 2003/4/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2003 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen und zur Aufhebung der Richtlinie 90/313/EGW des Rates ersetzt. Das Umweltinformationsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (UIG-SH) setzt diese Richtlinien auf Länderebene für Schleswig-Holstein um.

Bezüglich der Öffentlichkeitsbeteiligung ist die Richtlinie 2003/35/EG vom 26. Mai 2003 über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme und zur Änderung der Richtlinien 85/337/EGW und 96/61/EG des Rates in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten zu berücksichtigen. Diese Richtlinie ist durch das Gesetz über die Öffentlichkeitsbeteiligung in Umweltangelegenheiten nach der EG-Richtlinie 2003/35/EG (Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz) in nationales Recht umgesetzt worden.

In Artikel 3a nimmt die Umgebungslärmrichtlinie zur Benennung von Industrie- und Gewerbelärm aus relevanten Quellen (Großanlagen) Bezug auf Anhang I der Richtlinie 96/61/EG des Rates vom 24. September 1996 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie).

Zuständig für die Ausarbeitung von Lärmkarten und die Aufstellung von Lärmaktionsplänen sind die Gemeinden in Schleswig-Holstein.

Abweichend davon werden für die Haupteisenbahnstrecken die strategischen Lärmkarten vom Eisenbahnbundesamt ausgearbeitet.

1.4 Geltende Grenzwerte

Die Berechnungen zur Lärmkartierung 2007 erfolgten aufgrund der europäischen Vorgaben auf Grundlage der 34. Bundesimmissionsschutzverordnung (34. BImSchVO) und sind damit nicht ohne Weiteres mit der DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“ (oder der TA-Lärm) vergleichbar, die Grundlage der städtebaulichen Planungen ist. Aufgrund der europäischen Vorgaben ergeben sich auch die Kategorien in Tabellen 1 und 2.

Die Grenz- und Richtwerte nach deutschem Recht können für eine Bewertung der Lärmsituation zur Orientierung herangezogen werden.

Sie beruhen auf anderen Ermittlungsverfahren als die strategischen Lärmkarten zur Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie und sind daher nicht direkt vergleichbar mit den dort als L_{DEN} und L_{Night} dargestellten Werten.

Im Einzelfall sind daher zur Prüfung der Immissionsgrenz- und richtwerte Berechnungen für den jeweiligen Immissionsort notwendig. Eine überschlägige Übertragung der nationalen Grenzwerte auf L_{DEN} und L_{Night} wurde durch das Bundesumweltministerium durchgeführt (siehe Anlage der „Hinweise zur Lärmkartierung der der Bund / Länderarbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz, www.umwelt.schleswig-holstein.de/ULR/de/regelwerke)

| Anwendungsbereich | Grenzwerte für die Lärmsanierung an Straßen in Baulast des Bundes ^{5 6} | | Grenzwerte für den Neubau oder die wesentliche Änderung von Straßen- und Schienenwegen (Lärmvorsorge) ⁸ | | Richtwerte für Anlagen im Sinne des BImSchG, deren Einhaltung sichergestellt werden soll ⁹ | |
|--|---|----------------|--|----------------|--|----------------|
| | Richtwerte, bei deren Überschreitung straßenverkehrsrechtliche Lärmschutzmaßnahmen in Betracht kommen ⁷ | | | | | |
| Nutzung | Tag in dB(A) | Nacht in dB(A) | Tag in dB(A) | Nacht in dB(A) | Tag in dB(A) | Nacht in dB(A) |
| Krankenhäuser, Schulen, Altenheime, Kurgebiete | 70 | 60 | 57 | 47 | 45 | 35 |
| reine Wohngebiete | 70 | 60 | 59 | 49 | 50 | 35 |
| allgemeine Wohngebiete | 70 | 60 | 59 | 49 | 55 | 40 |
| Dorf-, Misch- und Kerngebiete | 72 | 62 | 64 | 54 | 60 | 45 |
| Gewerbegebiete | 75 | 65 | 69 | 59 | 65 | 50 |

| | | | | | | |
|------------------|--|--|--|--|----|----|
| | | | | | | |
| Industriegebiete | | | | | 70 | 70 |

Für die Bewertung der Lärmsituation an Flugplätzen sind die Werte des „Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm“ in der Fassung vom 31. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2550, heranzuziehen.

- ⁵ Richtlinien für den Verkehrslärmschutz an Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes – VLärmSchR 97, VklB 1997 S. 434, 04.08.2006 S. 665.
- ⁶ Die Immissionsgrenzwerte der VLärmSchR 97 werden auch bei der Lärmsanierung beim Schienenverkehr herangezogen.
- ⁷ Richtlinien für straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm (Lärmschutz-Richtlinien-StV) vom 23.11.2007.
- ⁸ Verkehrslärmschutzverordnung – 16 BImSchV) vom 12.06.1990 BGBl. I S. 1036)
- ⁹ Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – (TA Lärm) vom 26.08.1998 (GMBI Nr. 26/1998 S. 503)

2. BEWERTUNG DER IST-SITUATION

2.1 Zusammenfassungen der Daten der Lärmkarten

Tabelle 1:

**Geschätzte Zahl der von Lärm an Hauptverkehrsstraßen belasteten Menschen in der Gemeinde Ratekau, nach VBEB²,
L_{DEN} (24 Stunden), L_{Night} (22 bis 6 Uhr), Stand 30.06.2007**

| L _{DEN} dB(A) | Belastete Menschen – Straßenlärm | L _{Night} dB(A) | Belastete Menschen – Straßenlärm |
|---------------------------|-------------------------------------|-----------------------------|-------------------------------------|
| über 55 bis 60 | 1890 | über 50 bis 55 | 1260 |
| über 60 bis 65 | 570 | über 55 bis 60 | 260 |
| über 65 bis 70 | 120 | über 60 bis 65 | 40 |
| über 70 bis 75 | 10 | über 65 bis 70 | 0 |
| über 75 | 0 | über 70 | 0 |

² Mit der „Vorläufigen Berechnungsmethode zur Ermittlung der Belastetenzahlen durch Umgebungslärm (VBEB)“ können die Zahl der lärmbelasteten Menschen sowie die lärmbelasteten Flächen und die Zahl der lärmbelasteten Wohnungen, Schulen und Krankenhäuser ermittelt werden, die nach der 34. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Lärmkartierung – 34. BImSchV) [3] in den Lärmkarten anzugeben sind.

Die Berechnungsmethode ist angelehnt an die VDI 3722 Blatt 2 [8], wurde jedoch an die Erfordernisse der 34. BImSchV sowie die Anhänge I, IV und VI der Richtlinie 2002/49/EG [1] angepasst.

| | |
|-------|-------|
| Summe | 2.590 |
|-------|-------|

| | |
|-------|-------|
| Summe | 1.560 |
|-------|-------|

Tabelle 2:

**Von Lärm an Hauptverkehrsstraßen belastete Fläche (qkm)
und geschätzte Zahl der Wohnungen in der Gemeinde Ratekau,
nach VBEB, Stand 30.06.2008**

| L _{DEN} dB(A) | | Straßenlärm | |
|---------------------------|-----|--------------|-----------|
| über | bis | Fläche (qkm) | Wohnungen |
| 55 | 65 | 12,3 | 1040 |
| 65 | 75 | 3,2 | 50 |
| 75 | | 0,9 | 0 |
| Summe | | 16,4 | 1.090 |

2.2 Bewertungen der Anzahl von Personen, die Lärm ausgesetzt sind

Auf einer Gemeindefläche von 5.980 ha leben in der Gemeinde Ratekau rund 15.800 Einwohner. Auf Grundlage der Lärmkartierung 2007 sind nachts über 1.560 Menschen rechtlich relevanten Lärmbelastungen (über 50 dB) ausgesetzt. Dies entspricht einem Anteil von rund 10 % der Bevölkerung.

Ein gesetzlicher Anspruch für die belasteten Einwohner auf Lärmminderung besteht nicht.

2.3 Angabe von Lärmproblemen und verbesserungsbedürftigen Situationen

In der Gemeinde Ratekau liegen nach der Lärmkartierung Schleswig-Holstein 2007 folgende Orte/ Siedlungen in den Flächen > 50 dB nachts:

- Sereetz, südlicher und westlicher Teil
- Ratekau, westlich BAB 1 bis einschließlich 1. Baureihe westlich Bahnlinie Lübeck-Puttgarden, sowie Alte Schulstraße, Bahnhofstraße, östliche Bäckerstraße/ Grüner Weg
- Altruppersdorf
- Gut Neuhof
- Luschendorf, nördlicher Teil, ab Kreuzung Schürsdorfer Weg/ Ostseestraße

Für alle genannten Gebiete ergibt sich eine immissionsrechtlich relevante Betroffenheit. Hier werden die Orientierungswerte tags und nachts nur teilweise eingehalten.

3. MAßNAHMENPLANUNG

3.1 Bereits vorhandene Maßnahmen zur Lärminderung

Entlang der Autobahnen bestehen teilweise Lärmschutzwälle/ -wände an der BAB 1 westlich von Luschendorferhof sowie an der BAB 226 im Bereich Sereetz.

3.2 Geplante Maßnahmen zur Lärminderung für die nächsten fünf Jahre

In den nächsten fünf Jahren sind von der Gemeinde keine eigentlichen Lärmschutzmaßnahmen geplant.

Im Sinne einer ganzheitlichen Strategie zur Abmilderung der Immissionssituation hat die Arbeitsgruppe Landwirtschaft/ Ökologie im Rahmen der LSE folgende Maßnahmen geplant:

- Erstellung einer Fachplanung zu Immissionsschutzstreifen entlang stark frequentierter Verkehrsstrassen. (Staub, Schadstoffe und Lärm ist hier zu mindern durch Anpflanzung von Gehölzstreifen, etc.)
- Solche Maßnahmen sind bei allen gemeindlichen Vorhaben wo ggf. Möglichkeiten der Integration bestehen zu berücksichtigen: bei Flächenausgleich, anderen öffentlichen Bauvorhaben, Flurneuordnung, Aktiv-Region, Landesforst, FFH, Lokale Bündnisse, etc.
- Einfluss der Gemeinde auf jeweilige Baulastträger der Trassen bei dortigen Bauprojekten, Rückstufungen, etc.
- Die Gemeinde erstellt einen ersten Immissionsschutzstreifen demnächst in Ruppersdorf an der A1.

Der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein, Niederlassung Lübeck, führt derzeit ein Planfeststellungsverfahren für ergänzende Lärmschutzmaßnahmen an der BAB 1 im Bereich Bad Schwartau/ Sereetz durch.

Ergänzend dazu hält die Gemeinde Ratekau folgende Lärmschutzmaßnahmen für erforderlich:

- Die vorhandenen Lärmschutzwände sollten auf 4,50 m erhöht werden. Außerdem sollten die Lärmschutzwände in Richtung Norden bis zum Autobahnparkplatz Sereetzer Feld verlängert werden.
- Für die Zwischenstücke der BAB-Abfahrt Sereetz sind ebenfalls Lärmschutzwände vorzusehen.
- Der Einbau der Fahrbahndecke mit einem offenporigen Asphalt (OPA) sollte über die vorgesehenen 150 m hinaus Richtung Norden bis zum Autobahnparkplatz Sereetzer Feld erfolgen.
- Der westlich der A 226 gelegene Ortsteil von Sereetz, siehe beigefügter Übersichtsplan, sollte mit in die Planung einbezogen werden

3.3 Schutz ruhiger Gebiete / Festlegung und geplante Maßnahmen zu deren Schutz für die nächsten fünf Jahre³

In der Gemeinde Ratekau sollen folgende Gebiete vorrangig geschützt werden:

- Alle unter 2.3 genannten Gebiete, sofern sie vorrangig von der Wohnnutzung geprägt sind.

Insbesondere erwartet die Gemeinde Ratekau entsprechende Lärmschutzmaßnahmen an der BAB 1 sowie der Bundesautobahn B 226 im Bereich Sereetz.

In den nächsten fünf Jahren sind von der Gemeinde keine Maßnahmen zu deren Schutz geplant, da die Gemeinde Ratekau nicht Trägerin der Straßenbaulast ist.

Die unklare Situation zur (Schienen-) Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung erschwert zudem eine realistische Gesamtbewertung der Lärmsituation in der Gemeinde.

3.4 Langfristige Strategien zu Lärmproblemen und Lärmauswirkungen

Die Gemeinde Ratekau ist im Rahmen ihrer hoheitlichen Aufgaben nicht in der

³ Vgl. Ziffer 2.5, Seite 11, des „Leifaden für die Aufstellung.....“ (Broschüre)

Lage Strategien in eigener Verantwortung umzusetzen. Daher sollen Lärmschutzvorkehrungen nach dem Verursacherprinzip durchgeführt werden.

Weitere Immissionen bestehen aufgrund der klassifizierten Straßen sowie von der Bahnstrecke. Durch den beabsichtigten Bau der festen Fehmarnbelt-Querung ist mit einem weiteren Anstieg des Verkehrsaufkommens auf Straße und Schiene zu rechnen. Die Gemeinde Ratekau fordert daher aktive Schallschutzmaßnahmen von den Baulastträgern der Verkehrswege.

3.5 Schätzwerte für die Reduzierung der Zahl der betroffenen Personen

In den genannten Orten sind etwa 2.590 Personen betroffen.

4. FORMELLE UND FINANZIELLE INFORMATIONEN

4.1 Datum der Aufstellung des Aktionsplans

Die Gemeindevertretung Ratekau hat diesen Aktionsplan am 09.10.2008 beschlossen.

4.2 Datum des Abschlusses des Aktionsplans

Der Aktionsplan wurde mit Datum vom 09.10.2008 abgeschlossen.

4.3 Mitwirkung der Öffentlichkeit / Protokoll der öffentlichen Anhörungen

Der Entwurf hat in der Zeit vom 08.08.2008 bis 01.09.2008 öffentlich ausgelegen. Siehe dazu die beigefügten Beschlussempfehlungen vom 05.09.2008 (Seite 1 bis 3).

4.4 Bewertungen der Durchführung und der Ergebnisse des Aktionsplans

4.5 Kosten für die Aufstellung und Umsetzung des Aktionsplans

Kosten für die Aufstellung: ca. 1.100 €

Kosten für die Umsetzung: keine

4.6 Weitere finanzielle Informationen

- *entfällt* -

4.7 Link zum Aktionsplan im Internet

<http://www.ratekau.de/>

<http://www.umwelt.schleswig-holstein.de/ULR/index.html>

Ratekau, den 13.10.2008

(Jörg Geller)
- 2. stellv. Bürgermeister -